TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Bedingungen generationengerechter Politik in der deutschen Parteiendemokratie – Formen direkter Demokratie als Blockadelöser?

Wettbewerbsbeitrag für den 5. Preis für Generationengerechtigkeit 2009/2010 der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)
Berlin, 23. März 2011

Dr. Eike-Christian Hornig
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut für Politikwissenschaft

Gliederung des Vortrages

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

(1) Kurze Problembeschreibung vom Kontext generationen-gerechten Reformen in der deutschen Parteiendemokratie

(2) Fragestellung und Indikator

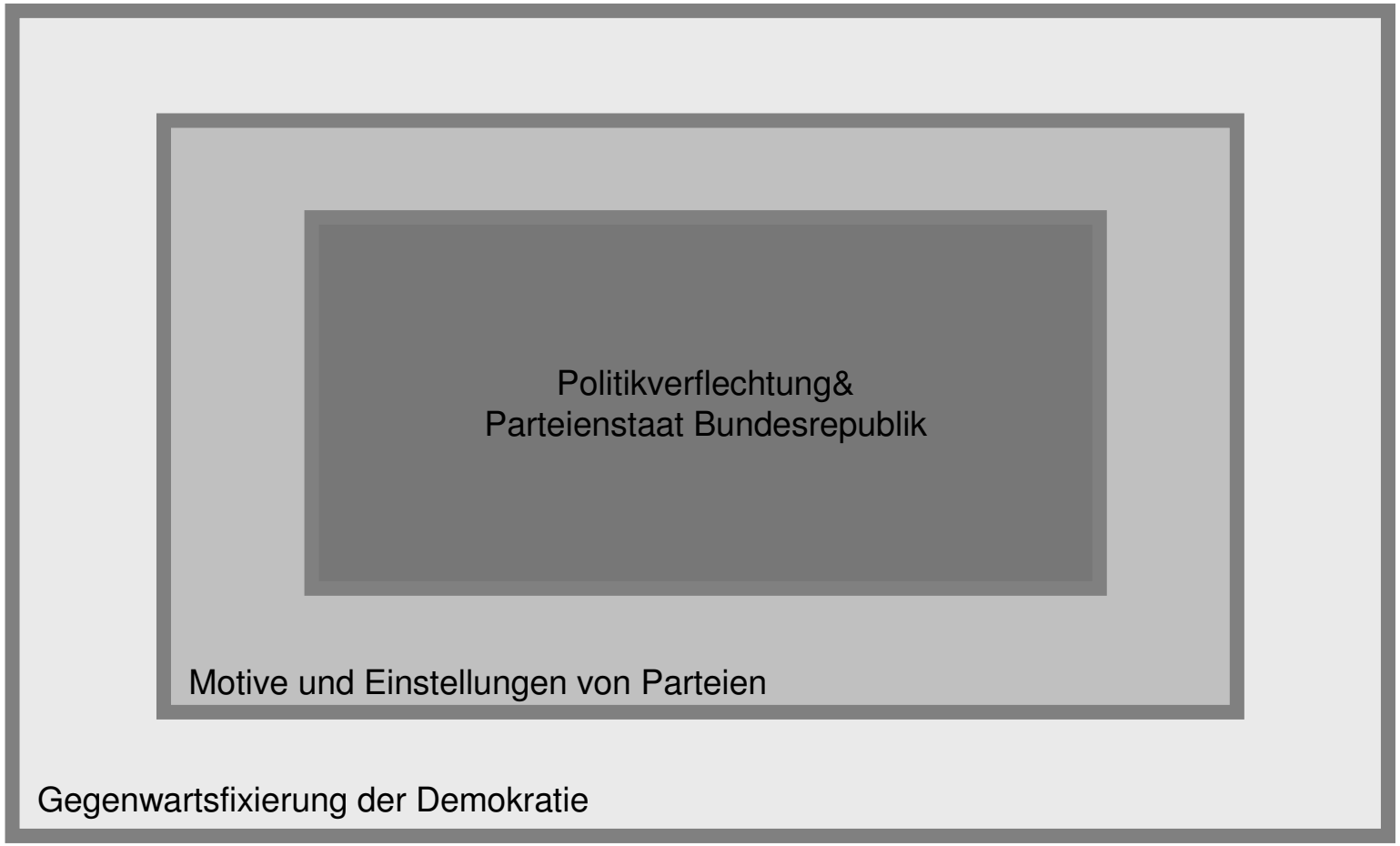
(3) Empirische Erkenntnisse aus dem westeuropäischen Vergleich

(4) Theoretische Ableitung eines direktdemokratischen Verfahrens für die Bundesebene

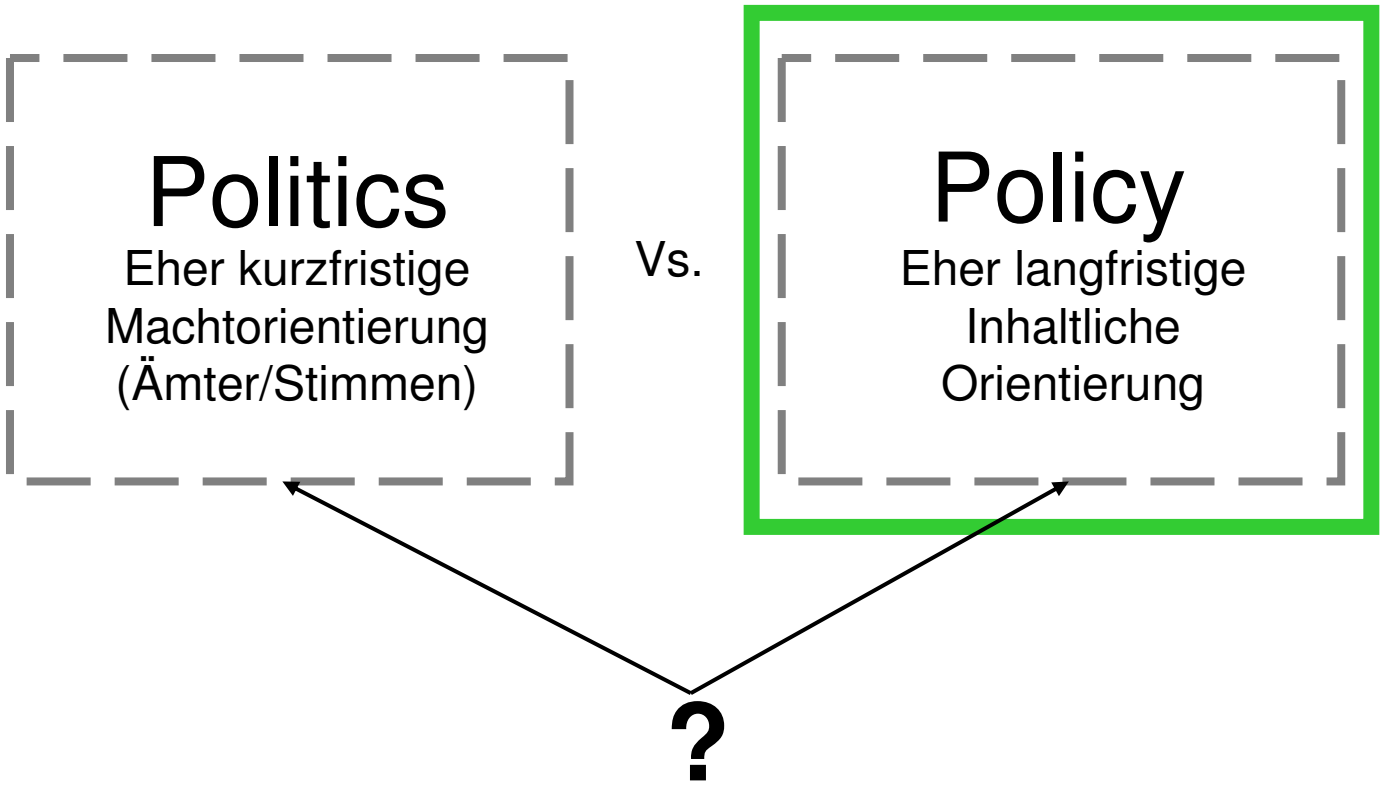
(5) Fazit

1. Problembeschreibung

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT



1. Problemdiagnose: Vereinfachte Zielsetzungen von Parteien



2. Grundlegende Frage

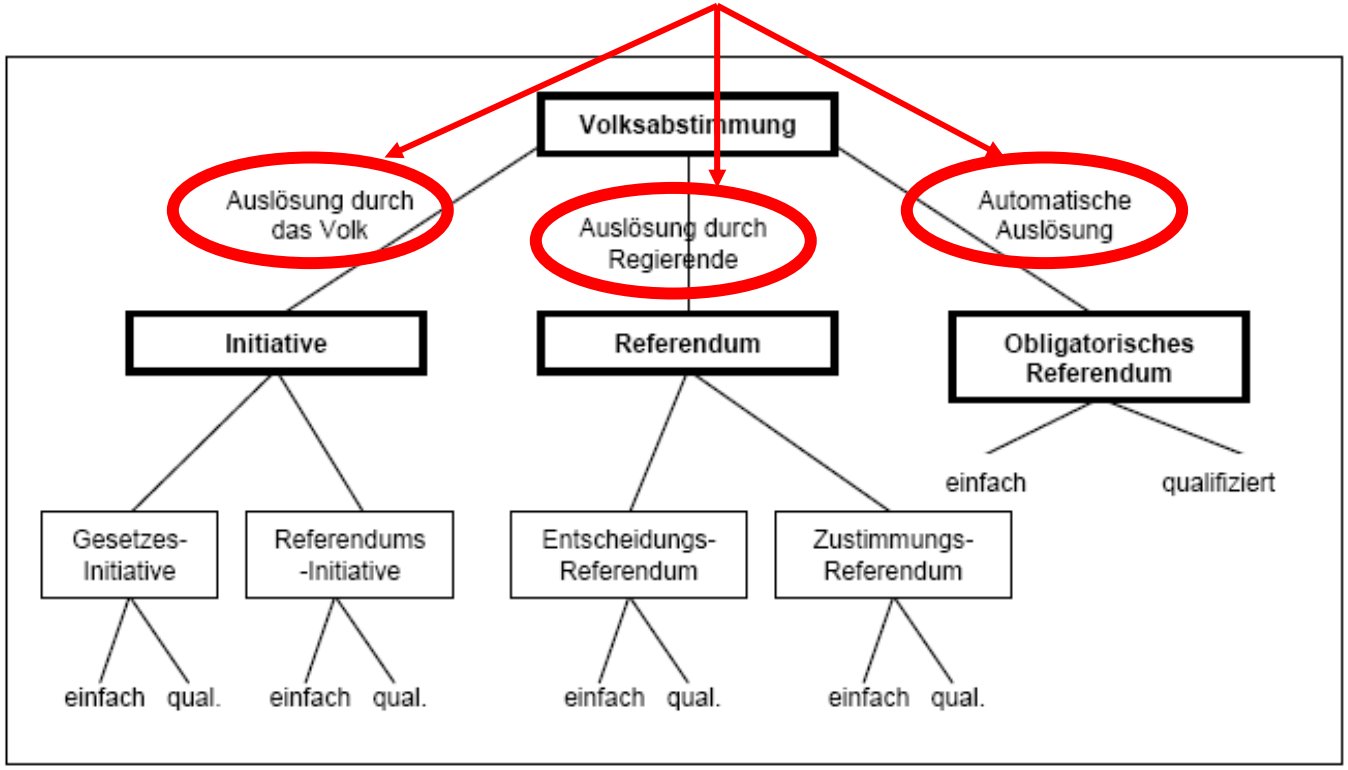
TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Sind direktdemokratische Verfahren ein Handlungsraum für grundlegende Reformen im politischen System, in dem sich Parteien eher sachorientiert und weniger taktisch verhalten?

2. Indikatorenbildung

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Indikator: Warum lösen Parteien Abstimmungen aus? (Motiv)



Idealtypische Typologie direktdemokratischer Verfahren nach S. Jung (2001)

3. Empirische Untersuchung in neun westeuropäischen Ländern

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Zeitraum: 1945-2008

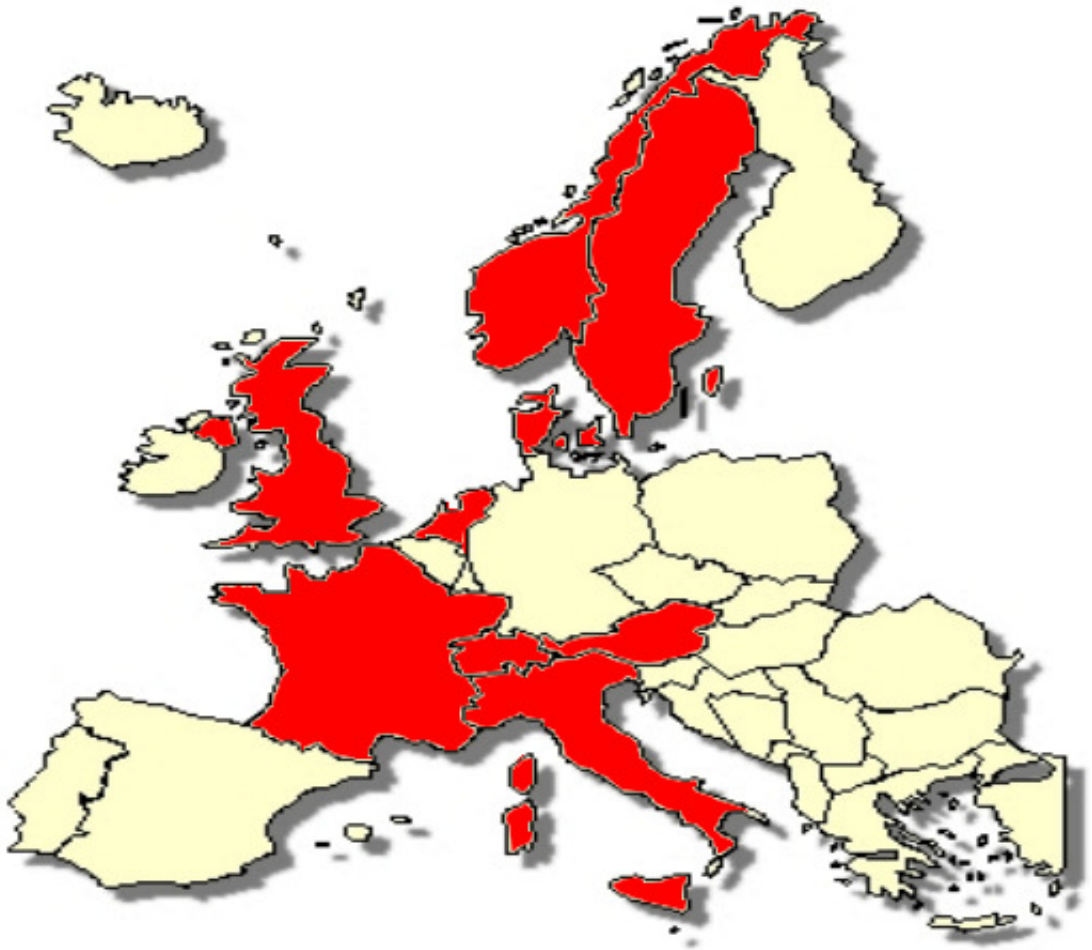
132 untersuchte Abstimmungen

141 unterschiedene Motive

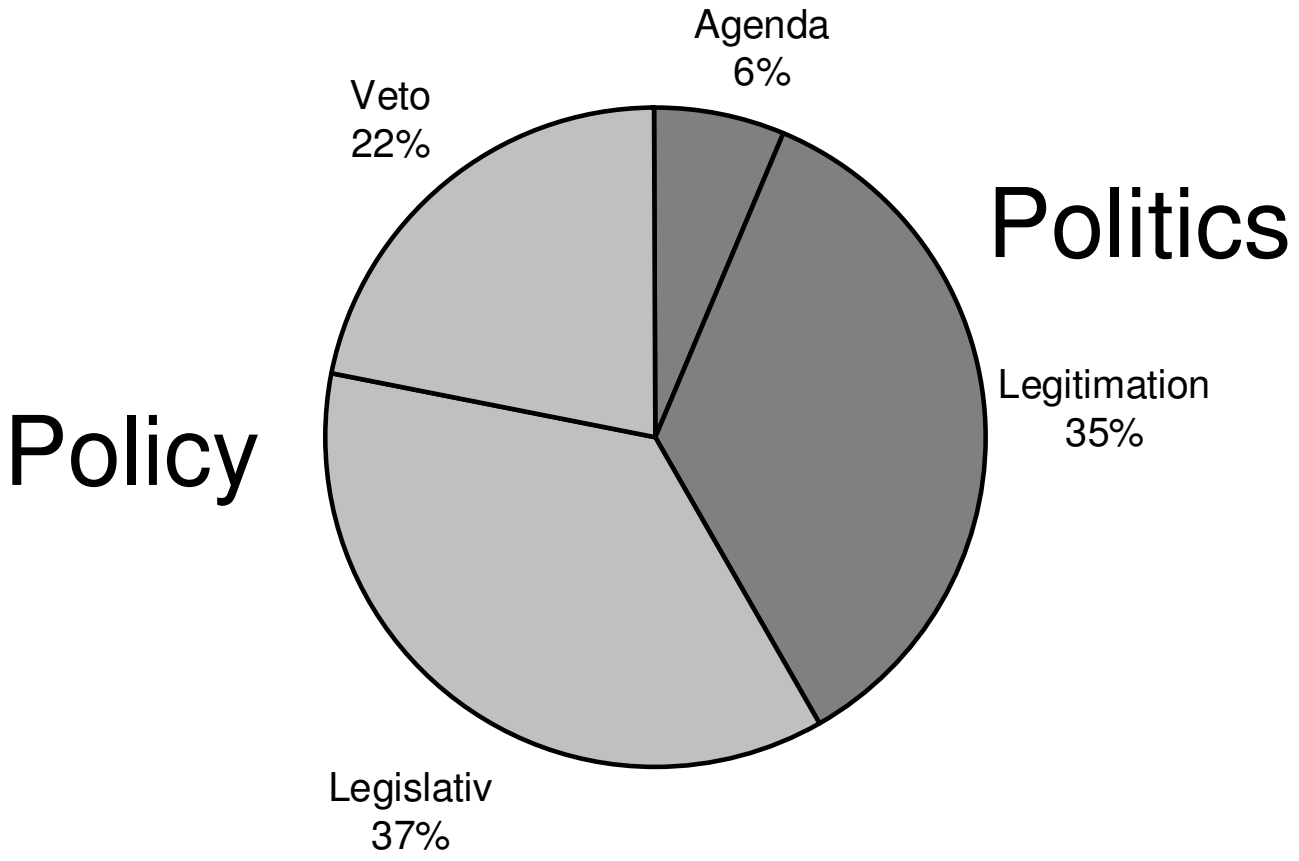
↓

Policy-Motive: 58,5%

Politics-Motive: 41,2%

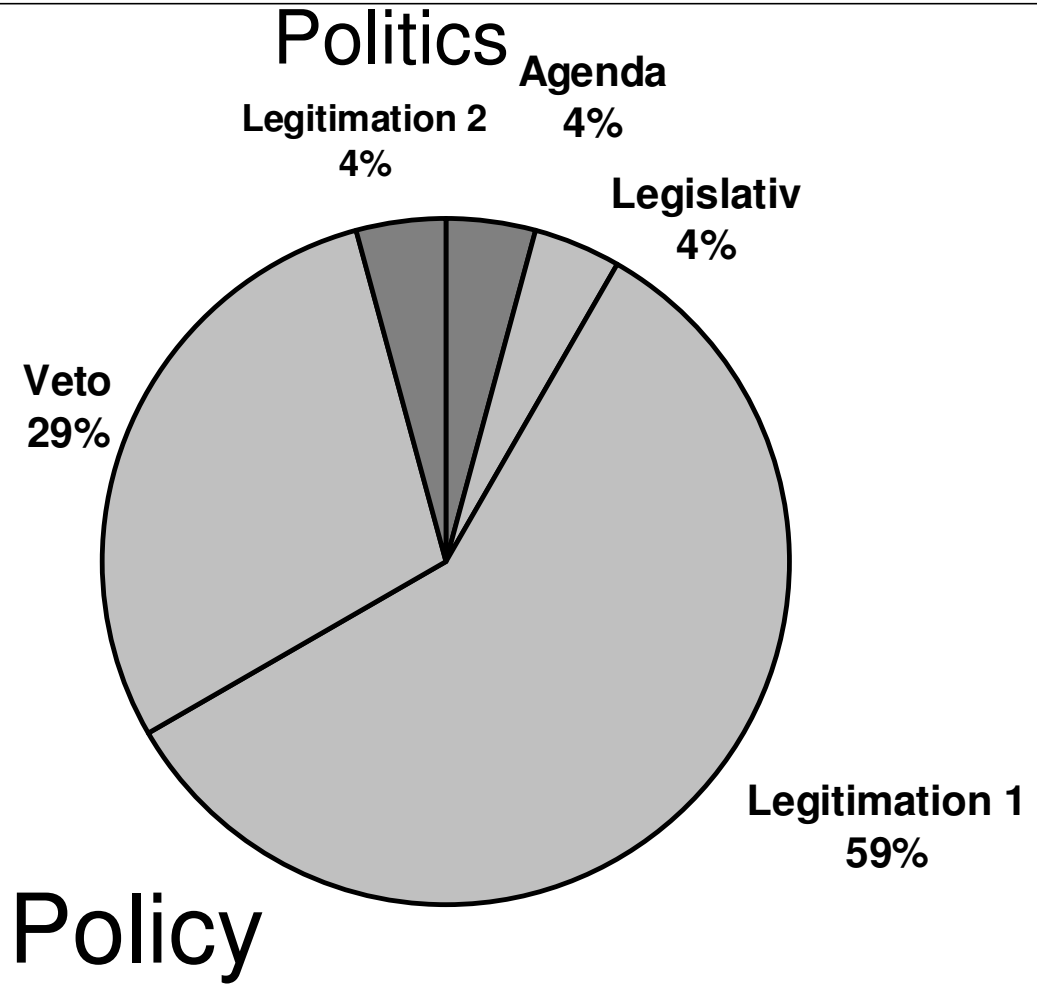


3. Motive der Parteien bei der Auslösung von Initiativen

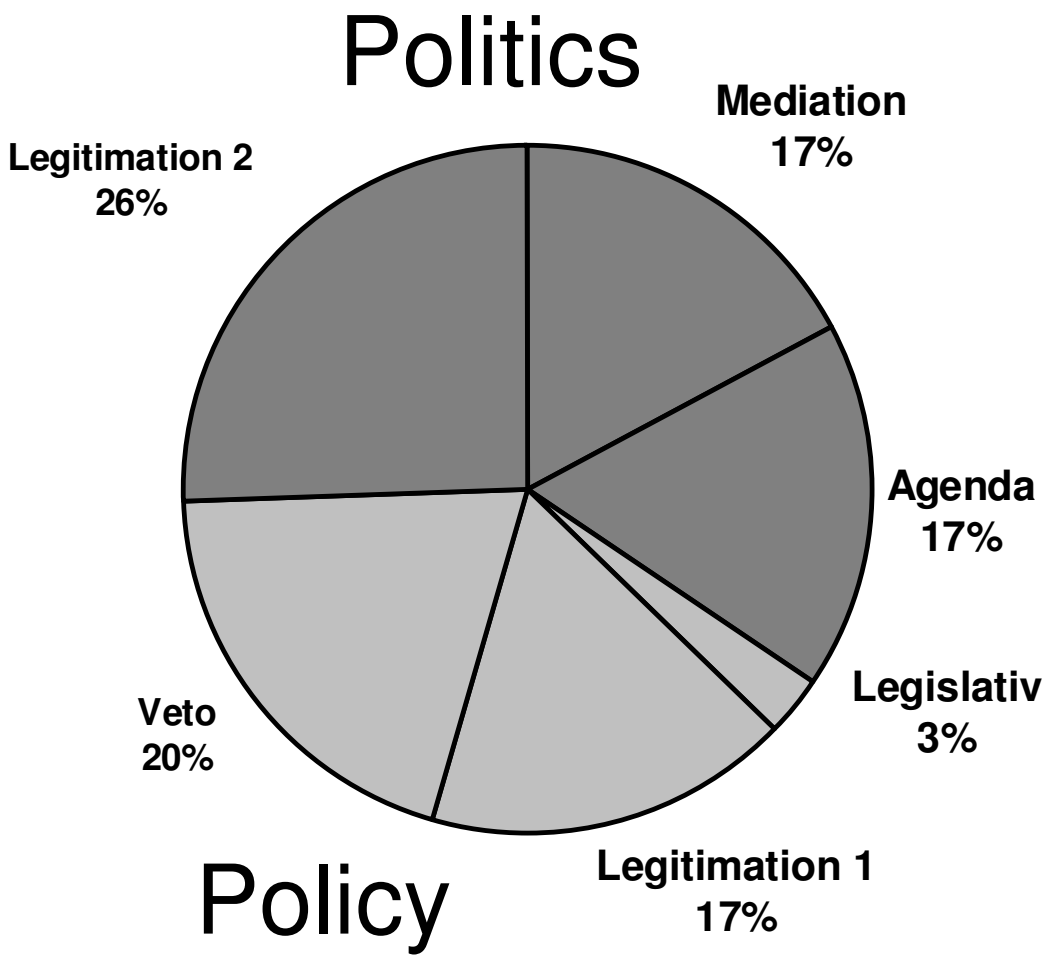


3. Motive der Parteien bei der Auslösung von obligatorischen Referenden

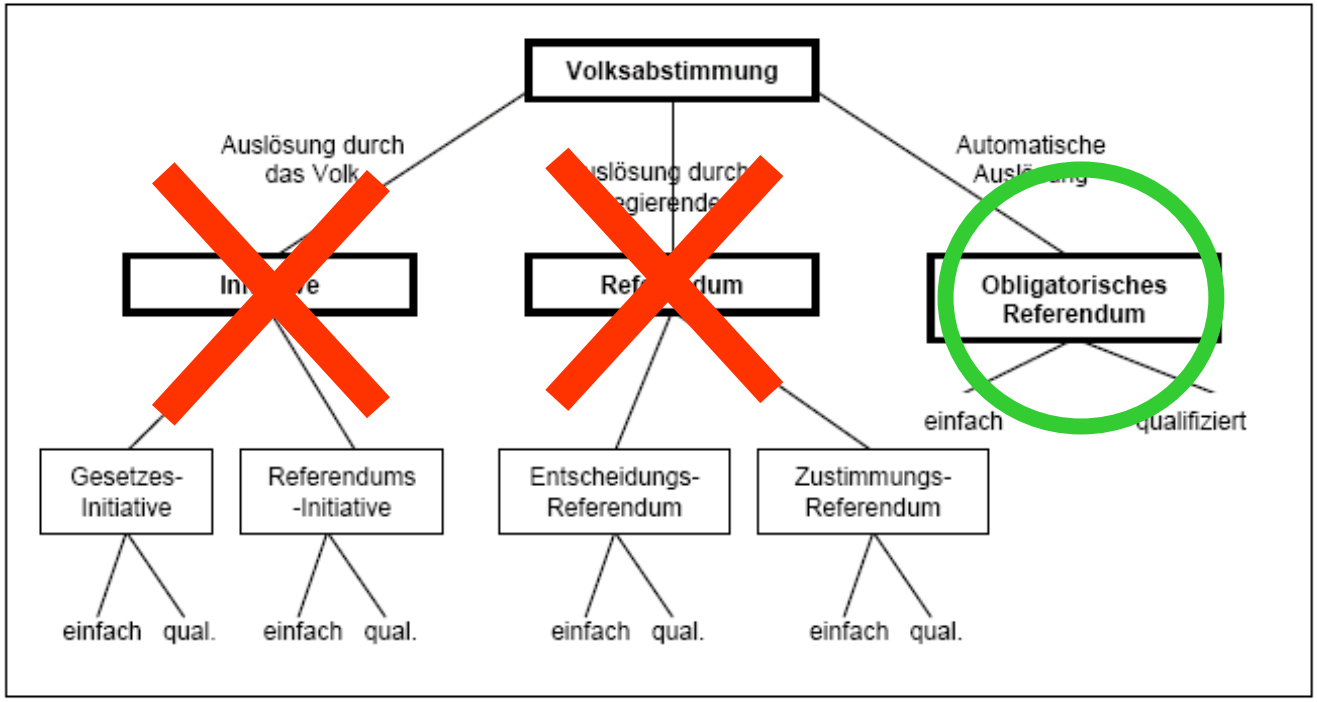
TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT



3. Motive der Parteien bei der Auslösung von Referenden



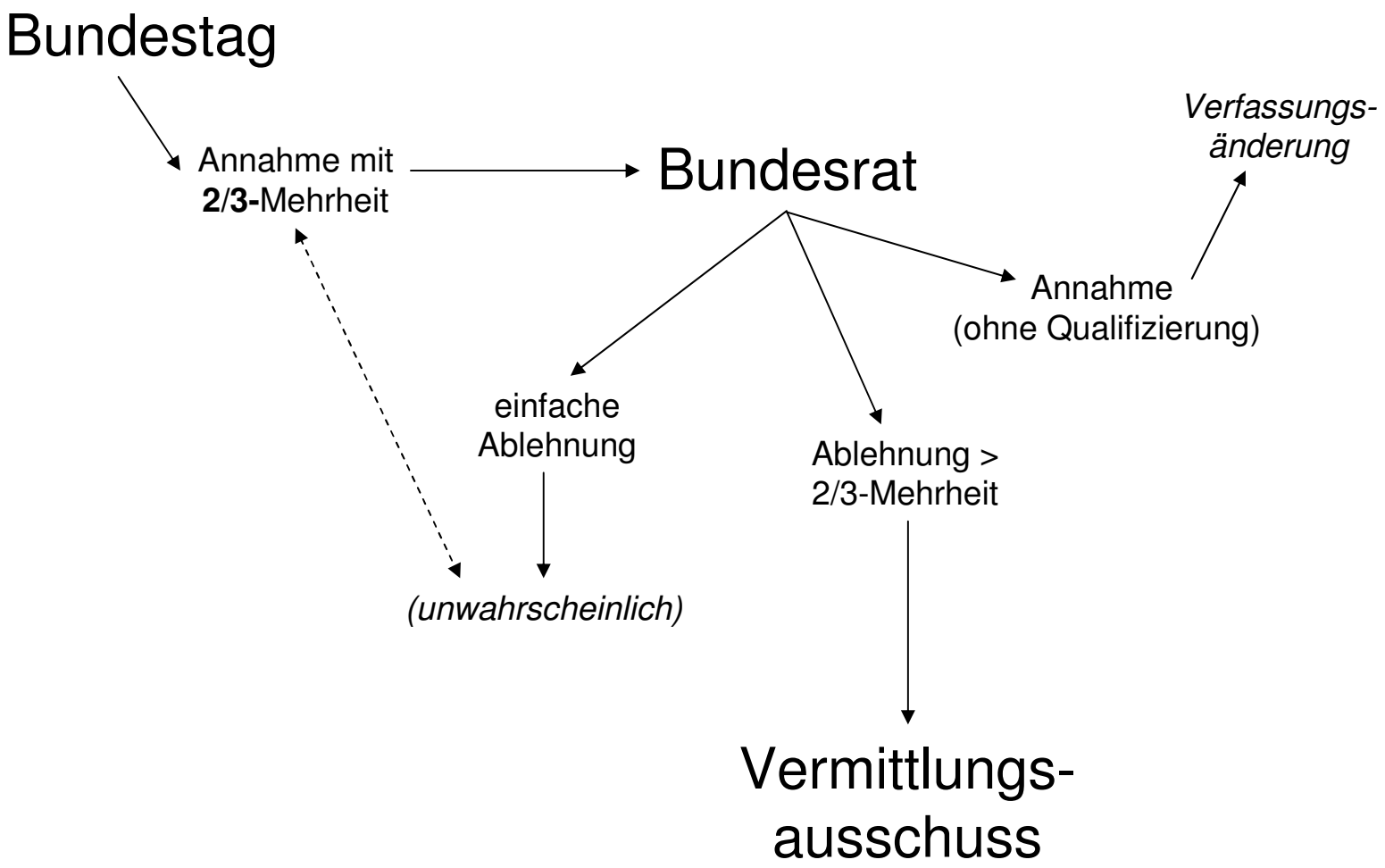
4. Mögliches Verfahren für die Bundesebene in D: *Obligatorisches Referendum bei Verfassungsänderungen*



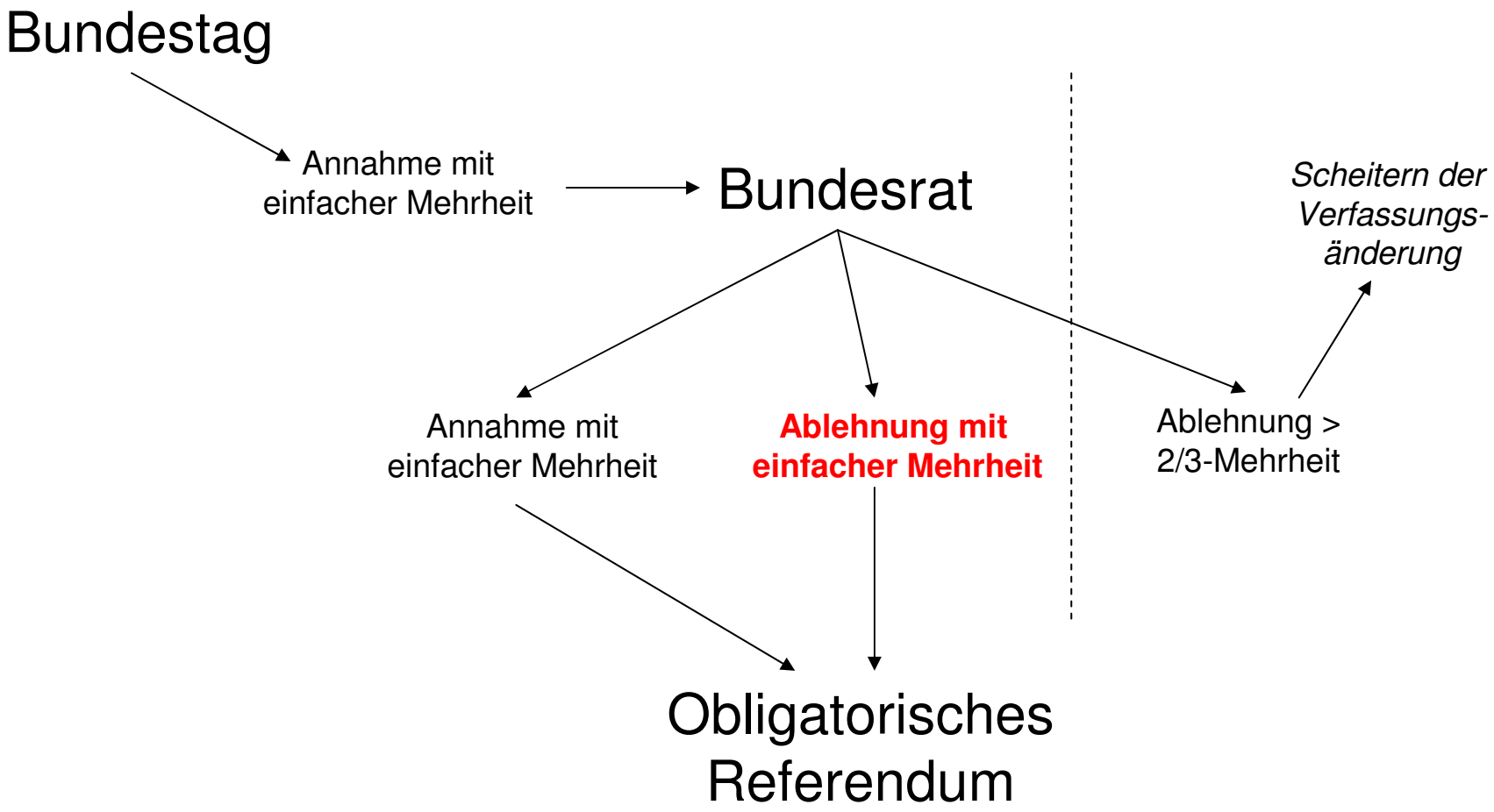
Fazit: In obligatorischen Referenden verhalten sich Parteien am ehesten Policy-orientiert

4. Möglicher Verfahrensablauf
→ *Variante 1 (kein parteipolitischer Konflikt)*

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT



4. Möglicher Verfahrensablauf
→ *Variante 2 (Parteipolitischer Konflikt)*



4. Mögliche parteipolitische Motive beim obligatorischen Referendum in D

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

	Regierungsparteien	Oppositionsparteien
„politics"-orientierte Motive		
Mediation	--	--
Agenda	--	--
Legitimation	X	--
„policy"-orientierte Motive		
Legitimation	X	X
Legislativ	X	--
Veto	--	X

Ein so konstruiertes direktdemokratisches Verfahren verhindert logisch die Anwendung von „politics"-Motiven zu Gunsten von „policy"-Motiven!

5. Fazit

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

- Überlegungen sind weder ein Plädoyer gegen noch für direktdemokratische Verfahren auf Bundesebene
- Entscheidende Argument: Generationengerechte Politik ist am ehesten unter „Policy“-Motiven von Parteien möglich.
- Direktdemokratische Verfahren öffnen prinzipiell Räume für „Policy“-orientierte Politik, allerdings abhängig vom Verfahren.
- Ein als Blockadelöser konzipiertes obligatorisches Referendum würde die parteipolitischen Instrumentalisierungsoptionen politischer Parteien zwischen Bundestag und Bundesrat reduzieren.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!